Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 16

Vorwort: Taktik, nicht Verzicht ; Die Mitschuldigen

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Wo sind die 13 Millionen? (3)
Lyrische Schweiz (5)
Diskussion Justizfragen (7)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

2. Jahrgang, Nummer 16 **Bern, 26. April 1961** *Erscheint wöchentlich*

Unsere Meinung

Taktik, nicht Verzicht

Kürzlich verzichtete einer unserer Abonnenten auf die weitere Zustellung dieser Zeitung mit dem Hinweis, wir hätten unsere Meinung geändert und seien nun für den Osthandel. Eine solche Haltung könne er nicht unterstützen.

Wir haben diesen Brief mit einiger Verblüffung gelesen, weil wir erstens unsere Meinung nicht geändert haben und zweitens den Osthandel nicht unterstützen oder fördern. Allerdings sind wir auch nicht unbesehen gegen den Osthandel. Aus diesem Grunde mögen da und dort Missverständnisse entstanden sein. Da es sich um eine sehr wichtige Frage handelt, werden wir sie von Zeit zu Zeit immer wieder behandeln.

Der Aussenhandel des Ostblocks mit der freien Welt dient, wie eine genaue Untersuchung zeigt (KB vom 5. und 12. Oktober) nicht wirtschaftlichen, sondern politischen Zwecken. Durch den Warenverkehr soll eine wirtschaftliche Abhängigkeit westlicher Unternehmen herbeigeführt werden, die sich sodann politisch ausschlachten lässt. Der Aussenhandel dient also eindeutig als politische Waffe.

In der Auseinandersetzung zwischen der freien und der kommunistischen Welt tritt die militärische Kampfmethode in den Hintergrund. Trotzdem ist die Macht entscheidend. Nur hat sich das Wesen dieser Macht gewandelt. Im psychologischen Krieg, wie er uns durch die kommunistische Welt aufgezwungen wird, gesellen sich zum militärischen weitere Machtfaktoren wie die Förderung der Wissenschaft, die Propaganda und die Entwicklungshilfe. Im Rahmen des Machtfaktors Propaganda kommen nun eben den wirtschaftlichen (sowie übrigens auch den kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen) Beziehungen eine grosse Bedeutung als Kampfmittel zu. Das sind Kampfmittel, wie sie bis heute fast nur durch den Ostblock eingesetzt werden, und es ist auf diesen Einsatz unter anderem zurückzuführen, dass der Kommunismus seine Lage dauernd verbessern konnte. Seine Machtposition ist heute annähernd so gross wie die der freien Welt.

Dürfen wir nun angesichts dieser Entwicklung auf den Einsatz jener Kampfmittel verzichten, die im Rahmen des psychologischen Krieges überhaupt gegeben sind? Unter keinen Umständen, denn das hiesse zugleich auf die Aussichten auf Erfolg verzichten.

Wir müssen also die wirtschaftlichen und andern Beziehungen zur kommunistischen Welt aufrechterhalten. Aber das hat nur dann einen Sinn, wenn wir bereit sind, sie auch wirklich als politische Waffen zu verwenden. Das wiederum heisst, dass wir diese Beziehungen nicht in der Art weiterführen dürfen, wie das bis heute geschehen ist. Wenn wir diese Beziehungen nicht gestalten, verhelfen sie dem Gegner zum angestrebten politischen Gewinn.

In diesem Sinne können wir auch den Osthandel als politische Waffe gestalten, dann nämlich, wenn wir ihn nicht aus wirtschaftlichen Gründen führen. Also muss der Osthandel aus der Kompetenz privater Unternehmungen herausgehoben und in die Zuständigkeit einer Zentralstelle verwiesen werden. Die «NZZ» hat kürzlich den interessanten Vorschlag gemacht, dass die OECE als Zentralstelle amten müsste. Eine solche Zentralstelle wird beispielsweise den Export strategischer Waren unterbinden, aber vermehrt westliche Konsumgüter im Ostblock ausstellen. Die Betrachtung solcher Güter weckt Bedürfnisse, die das kommunistische Regime nur auf Kosten der machtorientierten Schwerindustrie befriedigen könnte.

Es gibt kein Ja und kein Nein im Osthandel; richtig ist nur die taktische Beurteilung jedes konkreten Geschäftes.

Wir möchten, dass dieser Handel (mit dem Westen) zu unserem Vorteil ausschlage, und sie möchten, dass er ihnen Vorteil bringe. Wie sich der Kampf entwickeln wird, das wird von der Kunst unserer Diplomatie abhängen.

Lenin 1922.

Unser Kommentar

Die Mitschuldigen

Der Abfall Algeriens kündet eine weitere Verschärfung der Lage Frankreichs an. Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, lässt sich nur diese Alternative voraussehen: Einigung hinter de Gaulle oder Bürgerkrieg. Anlass zu dieser dramatischen Situation ist der Algerien-Konflikt.

Im Jahre 1958 übernahm General de Gaulle die Macht, nachdem im Mai eine Revolte in Algerien die letzte Regierung der 4. Republik handlungsunfähig gemacht hatte. Am 28. September liess de Gaulle über die neue Verfassung in Frankreich und seinen Uebersee-Gebieten abstimmen. Mit Ausnahme Guineas wurde diese Verfassung überall angenommen. Für de Gaulle stellten sich zwei Probleme, die sofortige Lösung bedurften: Die Lösung des Algerien-Konfliktes und die Reorganisation der französischen Union.

Durch Schaffung der Communauté und einer weisen Lockerung der Bindungen zu Afrika verstand de Gaulle, einer Verschärfung dieses Verhältnisses vorzubeugen. Im Algerien-Konflikt lagen die Voraussetzungen weniger günstig, weil die Meinungen weitgehend festgelegt und die Fronten abgegrenzt waren. Diese Front geht mitten durch das französische Volk, von dem eine Minderheit Algerien mit allen Mitteln als französisches Departement im Mutterland behalten will.

Diese Lösung scheitert am Widerstand des algerischen Front National de Libération. Sie kommt auch zehn Jahre zu spät. Die Verantwortung trägt nicht de Gaulle, sondern die 4. Republik, deren Parlamente zu viel redeten und zu wenig handelten. Trotzdem versuchte de Gaulle mit dem Gewicht seines persönlichen Ansehens eine Lösung herbeizuführen. Am 7. April hätten in Evian Verhandlungen mit den Emissären des FLN stattfinden sollen. Die französische Regierung liess sich durch die Bombenanschläge von Extremisten nicht beeindrucken. Aber das FLN weigerte sich in letzter Stunde, die Verhandlungen aufzunehmen.

Damit hat auch der FLN den Bogen überspannt und ist an der Armee-Revolte in Algerien mitverantwortlich. Mitschuldig ist auch die Mehrheit des französischen Volkes, die ihren Präsidenten zwar unterstützt, aber nicht aktiv als den besten, sondern passiv als den wenigst schlechten Staatschef. So stehen in Frankreich drei Gruppen, links die Kommunisten-Anhänger Moskaus, rechts die Ultras-Anhänger veralteter Ideen, und im Zentrum die Masse Anhänger von Frieden und Wohlstand um jeden Preis. Eine solche Lage musste de Gaulle zur Vorsicht und Zurückhaltung zwingen. Ein mühsamer, aber immerhin gangbarer Weg zu einem allmählichen Näherkommen von Frankreich und FLN schien sich abzuzeichnen.

Dieser Weg hat sich jetzt als Sackgasse erwiesen. De Gaulle muss gegen die Meuterer einschreiten, die für das französische Algerien Frankreich aufs Spiel setzen. Die revoltierenden Generäle haben einen schweren Fehler begangen, weil sie die Algerien-Frage isoliert und nicht im Rahmen der weltweiten Auseinandersetzung gesehen haben. De Gaulle ist zum Diktat gezwungen. Durch das Diktat allein wird er die Krise lösen können. In gefahrvollen Zeiten ist der Notstand das einzige Mittel zur Rettung der Demokratie.

Peter Sager.